



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 01. März 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Die Fluchtbewegung illegalisierter Menschen aus den USA nach Kanada hat sich seit der Wahl von US-Präsident Donald Trump intensiviert. Seit seiner Amtseinführung am 20. Januar 2016 kamen 1.400 Menschen allein im Staat Quebec an. In 2015 waren 4.300 Menschen nach Kanada insgesamt gekommen, 7.000 waren es im letzten Jahr. Der Weg über legale Routen ist für die Menschen keine Option da sich die USA und Kanada gegenseitig als „sichere Drittstaaten“ anerkennen, die Menschen also zurückgeschoben werden könnten. Der kanadische Premier Justin Trudeau lehnt bisher eine Aussetzung des entsprechenden Abkommens ab.  
<http://www.taz.de/Flucht-aus-den-USA-nach-Kanada/!5384511/> (03.03.17)
- Ägypten und Tunesien wehren sich dagegen, Auffanglager für Fliehende auf ihren Territorien zu errichten wie es unter anderem die deutsche Bundesregierung wünscht. Die Regierungen Tunesiens und Deutschlands haben sich dennoch darauf geeinigt, dass abgelehnte Asylsuchende schneller nach Tunesien abgeschoben werden können. Tunesische Behörden sollen nun innerhalb von 30 Tagen auf Identifizierungsanfragen von deutscher Seite antworten und dann entsprechend Passersatzpapiere ausstellen. Tunesien erhält im Gegenzug Unterstützung bei dem Versuch, Migration und Flucht aufzuhalten, konkret geht es hier um Grenzsicherung und Küstenwache. Außerdem finanziere Deutschland „Rückkehrprojekte“, also Programme, die Menschen, die zur „freiwilligen Ausreise“ gezwungen wurden, in den tunesischen Arbeitsmarkt integrieren sollen. Mit Ägypten sehen die Vereinbarungen ähnlich aus, sind bisher aber weniger konkretisiert worden.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-in-aegypten-halten-stuetzen-stabilisieren-1.3403332> (02.03.17)  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-03/besuch-tunesien-angela-merkel-fluechtlinge-migration-abschiebungen> (03.03.17)
- Heute entscheidet der Europäische Gerichtshof darüber, ob die Botschaften der EU-Mitgliedsstaaten in bestimmten Ländern Fliehenden humanitäre Visa erteilen müssen. Sollte das Urteil im Sinne der Fliehenden ausfallen und sollte das Urteil weitreichend umgesetzt werden, könnten einige Fliehende sich die lebensgefährliche Flucht über Mittelmeer und/oder Balkan sparen. Kenner\*innen des EuGH rechnen mit einem Kompromissurteil.  
<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/international-eu-erwartet-wegweisendes-urteil-zur->

[asylpolitik-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170307-99-557580](http://www.asylpolitik-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170307-99-557580) (07.03.17)

<http://www.br.de/nachrichten/humanitaeres-visa-100.html> (07.03.17)

- Bei den Wahlen zum nordirischen Parlament ist die nationalistische, katholische Sinn Fein Partei zweitstärkste Kraft geworden. Die unionistische (d.h. für den Verbleib im Vereinten Königreich), protestantische Democratic Unionist Party als stärkste Kraft muss mit Sinn Fein koalieren. Laut dem 1998 geschlossenen Karfreitagsabkommen muss die Regionalregierung Nordirlands aus der jeweils größten katholischen und protestantischen Fraktion gebildet werden. Die letzte Regierungskoalition bestand ebenso aus beiden Parteien, zerbrach aber. Sollten beide Parteien diesmal nicht innerhalb von drei Wochen zueinander finden, sind Neuwahlen oder gar das Ende der regionalen Selbstverwaltung denkbar. Die Lage ist durch den Brexit bereits angespannt. Sollte es wieder zu Grenzkontrollen zwischen Irland und Nordirland kommen, hier verlief dann eine EU-Außengrenze, wäre möglicherweise die Aussöhnung zwischen Protestant\*innen und Katholik\*innen gefährdet.  
<https://www.nzz.ch/international/europa/wahl-in-nordirland-schwierige-neuaufgabe-der-zwangskoalition-ld.149258> (05.03.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Der Innenminister Bayerns, Joachim Hermann, sieht die bisherige Nicht-Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens als „Sichere Herkunftsstaaten“ als Aushöhlung des Asylrechts an – zu verantworten von Landesregierungen aus SPD, Grünen und/ oder Linken. Am Freitag wird sich der Bundesrat erneut mit der Frage beschäftigen, ob Menschen aus diesen Staaten pauschal ihre legitimen Fluchtgründe abgesprochen werden. Bayern und Baden-Württemberg haben neben anderen ihre Unterstützung zugesagt, die drei Länder als „sicher“ zu bezeichnen. Die Kabinette von rot/rot und/ oder grün regierten Bundesländer stimmen sich noch ab.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/maghreb-staaten-bayern-wirft-bundeslaendern-aushoehlung-des-asylrechts-vor/19475630.html> (05.03.17)
- Die Koalition aus CDU, SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt stritt sich heftig über die Abschiebung zweier Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft aus dem Land. In einem Treffen einigten sich die Koalitionsspitzen nun darauf, dass es keinen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan geben werde.  
<http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landspolitik/aussprache-bei-kenia-koalitionaren-100.html> (02.03.17)
- Geflüchtete syrischer Staatsbürgerschaft haben beim Generalbundesanwalt Strafanzeige gegen sechs Generäle verschiedener syrischer Geheimdienste erstattet. Unterstützt werden die Geflüchteten vom European Center for Constitutional and Human Rights. Die Anzeige bezieht sich auf Vorwürfe systematischer Folter in drei syrischen Gefängnissen und basiert auf dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch. Das greift auch, wenn Straftaten im Ausland und von Menschen nicht-deutscher Staatsbürgerschaft begangen wurden. Sollte die Bundesanwaltschaft zu dem Ergebnis kommen, dass die Vorwürfe der Folter plausibel sind, könnte ein internationaler Haftbefehl gegen die Generäle erteilt werden. Die Bundesanwaltschaft ermittelt zur Zeit gegen 23 Beschuldigte im Zusammenhang mit dem Syrien-Krieg.  
<https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-klage-101.html> (01.03.17)
- *SPON* hat bundesweit die Kommunen angefragt, wieviele von ihnen untergebrachte Geflüchtete noch in Notunterkünften, also Turnhallen, Schulen u.ä., leben und kommt auf eine Zahl von rund 20.000 Menschen. In Sachsen ist es wenig überraschend nur noch der Landkreis Mittelsachsen, in dem 118 Menschen in Notunterkünften leben.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zehntausende-leben-noch-immer-in->

[notunterkuenften-a-1135497.html](#) (01.03.17)

- Heute beginnt in Dresden der Prozess gegen die „Gruppe Freital“. Deren Mitgliedern wird vorgeworfen, eine rechtsterroristische Vereinigung gebildet zu haben. Sie hätten bei insgesamt fünf Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte und politische Gegner den Tod von Menschen in Kauf genommen. Angeklagt sind sieben Personen. Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden sah den Straftatsbestand Bildung einer terroristischen Vereinigung als nicht gegeben an. Die Generalbundesanwaltschaft sah dies anders und übernahm den Fall.  
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/prozess-gegen-gruppe-freital-100.html> (06.03.17)
- Gemeinsam mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. forderten 16 weitere Verbände und Organisationen vergangenen Freitag in einem [Positionspapier](#), dass die Landesregierung ein Bildungsprogramm für volljährige Geflüchtete aufsetzen solle. Etwa 4.000 von ihnen haben keinen Schulabschluss und von daher kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Programm hätten sie die Möglichkeit, einen Schulabschluss zu erwerben und so eine Ausbildung zu beginnen.  
<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Bildungsprogramm-fuer-volljaehrige-Fluechtlinge-gefordert-artikel9848776.php> (03.03.17)  
<http://www.mdr.de/sachsen/fluechtlinge-in-sachsen-100.html> (05.03.17)
- Mehr als 60% der in bayerischen Gemeinden untergebrachten Geflüchteten bleiben auch dort. Dies widerspricht der Annahme, dass die meisten Geflüchteten in die Städte ziehen wollten. Der bayerische Gemeindetagspräsident Uwe Brandl geht davon aus, dass bessere Infrastruktur und schnellerer Kontakt zu Vereinen und anderen Organisationen die Leute zum Bleiben bewegen würden.  
<http://www.br.de/nachrichten/gemeindetagspraesident-interview-fluechtlinge-100.html> (04.03.17)

## Hintergrund und Meinung

- Benjamin hat für seinen Schulfreund Luan eine Petition gestartet. Luan ist von Abschiebung bedroht, der Sächsische Flüchtlingsrat wird seinen Fall in die Härtefallkommission einreichen. Benjamin, der im richtigen Moment das Richtige tat, hier im Interview mit der LVZ. Hier nochmal die [Petition](#).  
<http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Luan-soll-bleiben-Initiator-der-Petition-im-LVZ-Interview> (06.03.17)
- Diese kurze Reportage von Carsten Kühntop von der *ARD* erzählt die Geschichte von Ibrahim aus Eritrea der seit 40 Jahren auf der Flucht ist. Heute ist er Anfang 50. In Ägypten lebt er in einem Park und verdient sich ein wenig Geld, indem er anderen Fliehenden dabei hilft, Anträge im Büro des UNHCR auszufüllen. In Ägypten ist allein das Flüchtlingshilfswerk zuständig, Menschen den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen. Der Staat selber ist überfordert, jede\*r Dritte lebt dort unter der Armutsgrenze. Alle, auch Ibrahim, warteten nur darauf, weiter über das Mittelmeer zu fliehen. In Ägypten warte niemand auf sie.  
<https://www.tagesschau.de/ausland/aegypten-fluechtlinge-103.html> (02.03.17)
- *Amal, Berlin!* ist eine Nachrichtenplattform von geflüchteten Journalist\*innen afghanischer, ägyptischer, iranischer und syrischer Staatsangehörigkeit. Sie schreiben auf Arabisch, Farsi und Dari über Politik, Gesellschaft und Kultur in Berlin und Deutschland, auch auf Deutsch werden Artikel veröffentlicht. Zielgruppe sind dabei explizit Geflüchtete. *Amal, Berlin!* besteht aus einer arabischsprachigen Redaktion sowie eine Redaktion in der die Menschen, die Dari beziehungsweise Farsi sprechen, arbeiten.  
<http://amalberlin.de/>

- Die Göttinger Grenzforscherin Sabine Hess begründet im Interview mit dem *tagesspiegel*, warum der EU-Türkei-Deal aus ihrer Sicht eigentlich als EU-Griechenland-Deal zu bezeichnen sei. Es sei nicht die türkische Küstenwache, die die Menschen in der Türkei halte, es seien die Zustände auf den griechischen Inseln die heute faktisch Open-Air-Gefängnisse seien, wo im Fachjargon Exterritorialisierung durch „Insellösungen“ geschaffen werde. Die Menschen dort hätten keine Chance auf eine faire Anhörung und wären dem Pauschalverdacht ausgesetzt, in der Türkei in Sicherheit gewesen zu sein. Alle seien von Beginn ihres Aufenthalts auf EU-Territorium von Abschiebung bedroht, die Genfer Flüchtlingskonvention sei damit unterhöhlt. Hinzu kommen die aktuelle Kälte, mangelnde Versorgung und überforderte griechischer Behörden.

Mit der „Verstopfung“ der Balkanroute, wie sie es nennt, seien die Zahlen der Fliehenden aber nicht gesunken. Migration sei autonom, sie lasse sich nicht aufhalten solange die Gründe für das Verlassen von Ländern bestehen. Die Migrations- und Grenzforschung kennt diesen Grundsatz schon lange. Wenn Grenzen hochgezogen werden würden, verlagerten sich Flucht und Migration beziehungsweise die Kosten würden für die Fliehenden bis hin zum Tod steigern. Auch Europa habe eine brutale Abschottungspolitik und das Sprechen von „illegaler Migration“ wieder salonfähig gemacht, werbe nur nicht damit wie der amtierende US-Präsident.

Weiterhin fordert sie eine weltweite und andere Friedens- und Wirtschaftspolitik. „Wer Migrationspolitik als Migrationspolitik beginnt, hat schon verloren.“

<http://www.tagesspiegel.de/politik/eu-fluechtlingsabkommen-mit-der-tuerkei-die-tuerkei-haelt-fluechtlinge-nicht-massiv-auf/19455776.html> (01.03.17)

- Judith Butler spricht im Interview mit der *Frankfurter Rundschau* über den Protest gegen US-Präsident Donald Trump als ein Vertreter des rassistischen Nationalismus. Genau wie sich die Gegner\*innen Trumps über die Parteigrenzen hinweg formierten, müsste sich ein transnationales Bündnis gegen den in verschiedenen Ländern aufkommenden rassistischen Nationalismus bilden. Die Linke sieht sie dabei in der Pflicht, prekäre Verhältnisse deutlich zu machen und sich für die Interessen des Prekariats einzusetzen. In einem „postfaktischen Zeitalter“ sieht sie die Menschheit nicht angekommen. Pressefreiheit, Satire und Wissenschaft würden nach wie vor die Aussagen Trumps und seiner Mitarbeiter\*innen kontern und auf Argumente und Belege bestehen. Die Empörung über Lügen und „alternative Fakten“ seien ein Zeichen dafür, dass noch nicht vom „postfaktischen Zeitalter“ gesprochen werden könne. Butler äußert Respekt für die Ankündigung von Polizist\*innen und Beamt\*innen, nicht an Abschiebungen mitwirken zu wollen.
- <http://www.fr.de/kultur/donald-trump-die-krise-in-den-usa-lenkt-ab-und-bindet-kraefte-a-1052633>  
(03.03.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe